



REVIEW-ESSAY

## „Public Sociology“ – Burawoy-Hype und linkes Projekt

Friedhelm Neidhardt

Online publiziert: 4. Dezember 2017  
© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2017

Burawoy, Michael (2015). *Public Sociology: Öffentliche Soziologie gegen Marktfundamentalismus und globale Ungleichheit*. Herausgegeben von Brigitte Aulenbacher und Klaus Dörre mit einem Nachwort von Hans-Jürgen Urban. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, 258 Seiten.

Aulenbacher, Brigitte, Burawoy, Michael, Dörre, Klaus, & Sittel, Johanna (Hrsg.) (2017). *Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft*. Frankfurt a. M., New York: Campus, 378 Seiten.

### 1 Einleitung

Seit der „Presidential Address“, die Michael Burawoy anlässlich seiner Wahl zum Präsidenten der American Sociological Association 2004 gehalten hat, hat das zu seinem Markenzeichen gewordene Schlagwort von einer „Public Sociology“ in der Soziologie eine beachtliche Prominenz erfahren. Schnell und anhaltend gab es internationale Resonanzen mit zahlreichen Veranstaltungen und Publikationen, welche mit einiger Zeitverzögerung auch hierzulande ankamen. 2012 lobte der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie unter dem Titel „DGS goes public“ mit Rekurs auf Burawoy ein eigenes Veranstaltungsformat aus (Lessenich und Neckel 2012). Und 2015 waren die Antragsteller für eine Weiterförderung des Jenaer Kollegs „Postwachstumsgesellschaften“ (2015) durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft erfolgreich damit, das Konzept einer „Public Sociology“ in den Rang eines „Metathemas“ für ihr Programm zu erheben. Zuvor war Michael Burawoy, so die

Antragsteller, „als Fellow und Impulsgeber bereits in die Arbeit des Kollegs eingebunden“ worden.

Fragt man nach den Gründen für diese Karriere, so ist mehrheitlich zu veranschlagen: Sicher wird die Wahl Burawoys zum Präsidenten der International Sociological Society zur Reichweite seiner Botschaft beigetragen haben, zumal er dieses Amt von 2010 bis 2014 mit unternehmerischem Elan und rhetorischem Geschick wahr genommen hat. Die entscheidende Rolle wird aber gespielt haben, dass Burawoy das Agenda-Setting für ein soziologisch lange vernachlässigtes Thema betrieben hat: die Kapitalismuskritik. Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staatenwelt hatten es linke Positionen schwer, ein neues Format zu gewinnen. Auch innerhalb der Soziologie war die linke Fraktion lange Zeit ziemlich kleinlaut geworden. Das hat nun aber sicher nicht daran gelegen, dass der angestammte Gegenstand ihrer Kritik verschunden war. Der Kapitalismus ist mit seiner Art der Wohlstandserzeugung keineswegs harmlos und nett geworden. Im Gegenteil: Mit seiner Globalisierung ist er außer Kontrolle geraten. Er überspielt und unterläuft nationalstaatliche Regulationen, erzeugt gefährliche Wertungskrisen und sorgt für ein geradezu obszönes Ausmaß an Ungleichheit in und zwischen Gesellschaften. Man kann es deshalb begrüßen, wenn sich in der Soziologie wieder kapitalismuskritische Positionen entwickeln und zu Wort melden. Sie müssen natürlich, wollen sie sich eine nachhaltige Wertschätzung verdienen, sowohl praktisch wie auch wissenschaftlich überzeugen. Das soll am Beispiel des linken Projekts einer „Public Sociology“ geprüft werden.

Zu diesem Zweck werde ich im Folgenden zwei Sammelbände rezensieren, die beide vom rühmigen Jenaer DFG-Kolleg auf den Weg gebracht wurden. Bei dem ersten Band *Public Sociology* (Burawoy 2015) handelt es sich um eine Zusammenstellung von acht einschlägigen Burawoy-Texten, die Brigitte Aulenbacher und Klaus Dörre auf Deutsch herausgebracht haben. Diese Texte dienen den 29 Autoren der 24 Beiträge zum zweiten Sammelband *Öffentliche Soziologie* (Aulenbacher et al. 2017b) als Vorlage zur Diskussion des Verhältnisses zwischen Soziologie und Öffentlichkeit(en) im gegenwärtigen Krisendiskurs. Sie sind den Positionen Burawoys überwiegend, aber nicht durchweg gefolgt. Es bereichert diesen Band, dass er auch einige kritische Stimmen zum „Public Sociology“-Konzept zu Wort kommen lässt. Dass diese Kritik in der Einführung der Herausgeber nicht aufgenommen und diskutiert wurde, ist bedauerlich.

## 2 Zivilgesellschaft als historisches Subjekt?

Die Soziologie gewann von Anfang an soziale Sympathien für ihren sozialdemokratischen Bias zugunsten der Schwachen in der Gesellschaft, den „underdogs“ (Gouldner 1968, S. 105).<sup>1</sup> In den Konzepten zur „Public Sociology“ kommen sie gelegentlich als „subalterne Gruppen“ zur Sprache (Burawoy 2015, S. 188 ff.; vgl.

<sup>1</sup> Diese Akzentsetzung ging allerdings mit einer Vernachlässigung der Erforschung der Eliten einher. Fragt man nach gesamtgesellschaftlichen Problemlagen, sollte man nicht nur nach ganz unten, sondern auch nach ganz oben schauen; dies deshalb, weil zahlreiche Effekte vor allem wirtschaftlicher und politischer Art stärker von oben als von unten ausgelöst werden.

auch Aulenbacher et al. 2017a, S. 24 f., im Anschluss an Boltanski 2010). Es geht Burawoy und seinen Anhängern aber nicht unmittelbar um das Wohlergehen der Mühseligen und Beladenen, und ihr Programm zielt nicht auf Sozialarbeit. Es geht ihnen vielmehr um das Aufspüren und Fördern gesellschaftlicher Potenziale des Widerstands gegen Unrecht. Dadurch gewinnt die „Public Sociology“ eine politische Zwecksetzung.

### 2.1 Kapitalismuskritik und die Zivilgesellschaft

Die Frontstellung des Widerstands, den die „Public Sociology“ aufspüren und animieren will, ist gegen den neoliberal befreiten Kapitalismus und seine sozialen Folgen gerichtet. Dass Burawoy diese Position gelegentlich als „soziologischen Marxismus“ (2015, S. 160 f.) bezieht, wirkt nach seiner Kritik an Karl Marx (ebd., S. 155) irreführend, zumal dessen Theorie bei ihm praktisch nicht vorkommt. Wichtiger ist für ihn der Rekurs auf Karl Polanyis *The Great Transformation* und dessen kritische Beschreibung kapitalistischer Marktentwicklungen als Kommodifizierung der „fiktiven Waren“ Arbeit, Boden und Geld. Polanyi nennt diese Waren „fiktiv“, weil diese nicht für den Markt produziert wurden, also diese Faktoren eigentlich keine Waren sind und doch den Marktkräften unterworfen werden (Polanyi 1978, S. 107 ff.). Im ausufernden Kapitalismus wird alles zur Ware. Allerdings macht Polanyi Abwehrkräfte „gegen das Wüten dieses teuflischen Mechanismus“ allseitiger Vermarktlichung aus (ebd., S. 109), denen Burawoy nach der Globalisierung der Märkte jedoch nicht mehr traut. Vor allem die Wirksamkeit nationalstaatlicher Regulierungen, die sich gegen die systematischen Übergriffe des Marktes stellen, erscheint ihm unter den Bedingungen globalisierter neoliberaler Regime zu Recht zunehmend obsolet. Er setzt daher auf ein anderes historisches Subjekt der sozialen Kontrolle und gesellschaftlichen Veränderung: die sogenannte Zivilgesellschaft. Diese sei „unter den derzeitigen Umständen [...] das bestmögliche Terrain zur Verteidigung der Menschheit“ (Burawoy 2015, S. 91). Burawoy stellt aber selber die sich daraus ergebenden Fragen: „Wird die Zivilgesellschaft der aus dieser Stellung hervorgehenden Verantwortung gerecht werden? Und wie kann die Soziologie dazu beitragen?“ (Burawoy 2017, S. 100)

Erste Schwierigkeiten ergeben sich schon daraus, genauer zu definieren, was für eine soziale Formation die „Zivilgesellschaft“ eigentlich darstellt. Im Allgemeinen – und auch in der „Public Sociology“ – bleibt der Begriff ziemlich diffus und widersprüchlich. Burawoy (2015, S. 40) spricht von „Organisationen, Institutionen und Bewegungen, die einen Ort besetzen, der weder Teil der Wirtschaft noch des Staates ist“. Der Gegenstand ihres jeweiligen Engagements ist offen, weshalb sowohl linke wie auch rechte Gruppierungen und (Gegen-)Öffentlichkeiten der Zivilgesellschaft zugeschlagen werden (ebd., S. 38). Diese Offenheit des Engagements findet sich grundsätzlich auch auf Seiten der „Public Sociology“. Es gebe mithin „öffentliche Soziologie, die sich mit einer Öffentlichkeit zu Gunsten untergeordneter Gruppen einsetzt, genauso wie es öffentliche Soziologie gibt, die die Interessen und Werte dominanter Gruppen fördert“ (ebd., S. 31). Immerhin benennt Klaus Dörre in seinem Beitrag im zweiten Sammelband eine Konditionierung der Zugehörigkeit zur Zivilgesellschaft: „Es kann eine *rechte*, eine kapitalismus- und wachstumsaffine

*public sociology* geben, die, solange sie Menschenrechte und demokratische Regeln achtet, auch von *linken*, wachstumskritischen Soziologinnen als legitime öffentliche Stimme zu betrachten ist.“ (Dörre 2017, S. 35)<sup>2</sup> Pegida gehört also nicht dazu.

Die vorgestellten empirischen Projekte der „Public Sociology“ konzentrieren sich dann auch auf eher linke und grüne Gruppierungen. Im zweiten Sammelband wird von den Autoren auf einige interessante Fälle mehr oder weniger ausführlich Bezug genommen: zum Beispiel auf Aktivisten der Biodiversitätspolitik (Görig 2017), auf die Degrowth-Bewegung (Eversberg et al. 2017), auf die Care-Revolution in einem Netzwerk prekärer Sorgearbeit (Haubner 2017), auf Frauenhäuser im Umkreis der Frauenbewegung (Hagemann-White 2017), auf die Nationale Bergarbeitergewerkschaft südafrikanischer Minenarbeiter (Webster 2017; von Holdt 2017) und auf assoziative Projekte des sogenannten Konvivialismus (Adloff 2017).

Auch wenn es in der „Public Sociology“ deutliche Zusätzungen eines operativen Konzepts von Zivilgesellschaft gibt, betont Burawoy zu Recht, dass es sich bei der Zivilgesellschaft „keineswegs [um] eine harmonische und solidarische Einheit“ handelt, sondern sie „von allerlei Konflikten, Spaltungen und Marginalisierungen zerrissen“ wird (2015, S. 40, ähnlich S. 90). Umso schwerer bleibt es dann aber, sich vorzustellen, wie aus diesem Konglomerat irgendwie widerständiger Akteure ein historisches Subjekt gesellschaftlichen Wandels werden soll. Allerdings zeigt die politische Geschichte, dass elementare Entwicklungen der modernen Gesellschaft auf ähnliche zunächst rudimentäre soziale Formationen zurückgehen, blickt man etwa auf die Anfänge der Arbeiter-, Frauen- und Umweltbewegung. Will die „Public Sociology“ die Widerstandskarriere antikapitalistischer Gruppierungen heute abschätzen, dann könnte sie am Beispiel dieser Fälle vorzüglich lernen, welche Bedingungen für eine solche Karriere entscheidend sind.

## 2.2 Strategische Probleme politischer Widerstandsbewegungen

Ich betrachte es als einen gravierenden Fehler, dass Burawoy und seine Anhänger die Bewegungsforschung mit ihren Befunden über die Erfolgsbedingungen von Protestgruppierungen links liegen lassen. Burawoy erwähnt Autoren der Bewegungsforschung nur ein einziges Mal, um sie mit einer unausgeführten Kritik an einer ihm offenbar zu „allgemeinen“ Theorie sozialer Bewegungen auf zwei Seiten abzubaldern (2015, S. 200 f.). In dem neueren Sammelband behandeln zwar Dennis Eversberg, Steffen Liebig, Matthias Schmelzer und Nina Treu in ihrem Beitrag die „Public Sociology in der Bewegungsforschung“ (2017, S. 176 ff.); deren einschlägige Literatur kommt aber überhaupt nicht vor. Dabei würden gerade einige der „allgemeinen Theorien sozialer Bewegungen“ der „Public Sociology“ eine Orientierungshilfe bieten, die sie für ihre eigenen Vorschläge gut gebrauchen könnte. Im

Folgenden möchte ich dazu nur zwei Beispiele bringen (vgl. Ruucht und Neidhardt 1997).

Wenn die Zivilgesellschaft auch für Burawoy „im Grunde genommen alles andere als harmonischer Konvivialismus“ ist (2015, S. 90), stellt sich um so mehr die Frage, auf welche Weise zumindest eine relevante Teilmenge der sehr unterschiedlichen Gruppierungen zu einem gemeinsamen Widerstandshandeln vereint und damit zu einem „historischen Subjekt“ werden kann. Die einschlägige Bewegungsforschung hat gezeigt, dass dafür Mobilisierungsstrategien wichtig sind, die sich mittels eines bestimmten „Framing“ herstellen lassen. David Snow und Robert Benford (1988, S. 197 ff.) fassen diese Strategien zu drei Typen von Frames zusammen: (1) „diagnostic frames“ liefern einer Protestgruppe Definitionen des Übels, die ihren Widerstand rechtfertigen; (2) „identity frames“ erzeugen für die Betroffenen ein Gemeinschaftsgefühl, indem sie gegenüber einem „Sie“ ein „Wir“ stilisieren, also eine typische „ingroup/outgroup“-Konstruktion schaffen; (3) „prognostic frames“ schließlich entwerfen Utopien eigener Möglichkeiten, indem sie die Strategien, Taktiken und Ziele der Mobilisierung der Gruppe bestimmen. Jürgen Gertards und Dieter Ruucht (1992) haben mit Bezug auf dieses Konzept gezeigt, welche Probleme und Möglichkeiten sich ergeben, wenn solch ein Framing sehr heterogene Gruppierungen mittels eines „Masterframe“ umspannen und für gemeinsame Aktionen zusammenschließen soll. Dass sich die Kernbegriffe der „Public Sociology“ von „Kommodifizierung“ und „Vermärktlichung“ zu einem solchen Masterframe eignen würden, erscheint mir als zweifelhaft – noch weniger gilt das für die Rede von einer „Wachstumskritik“. Wenn man den antikapitalistischen Widerstand nicht nur verstehen, sondern auch unterstützen will, müssen zündendere Formeln gefunden werden.

Besonders wichtige Anregungen für die Belange einer „Public Sociology“ hat Signey Tarrow in seiner Interpretation mehrerer Fallstudien und Analysen der Bewegungsforschung mit dem Konzept der „political opportunity structures“ formuliert (1988, S. 429 ff.). Damit sind Bezugsgruppen und Bezugsgruppenkonstellationen im Umkreis von Protestgruppierungen gemeint, die für deren Handlungschancen bedeutsam sind (siehe Ruucht und Neidhardt 1997, S. 647). Dazu zählen zum Beispiel Parteien und Verbände, Gerichte, Kirchen und Medien, nationale sowie internationale Organisationen etc.<sup>3</sup> Gerade wenn man, wie Dörre (2017, S. 36 f.), die „politische Ohnmacht wachstumskritischer Initiativen“ hervorhebt, stellt sich für sie und die Entwicklung ihrer Einflusschancen dringend die Bündnisfrage. In den beiden Sammelbänden wird aber nur die naheliegende Verbindung zu den Gewerkschaften angesprochen und herangezogen (Urban 2015, 2017). Andere Optionen werden ausdrücklich ausgeschlossen oder nicht beachtet.

Sicher ist bei einer analytischen Orientierung, die, wie bei Burawoy, aus guten Gründen international geweiht ist, zu berücksichtigen, dass in den jeweiligen politischen Systemen die Gewaltenteilung sehr unterschiedlich ausgebildet ist und politisch passable Bündnisoptionen in Art und Menge entsprechend stark variieren. Aber es erscheint mir unverständlich, in einem Plädoyer für eine „öffentliche Soziologie“ nicht nur Massenmedien und „social media“ unstudiert zu lassen – dazu

<sup>2</sup> Im Vorwort findet der Leser in einer Fußnote die folgende Annonce der Herausgeber: „Als geschlechts-gerechte Sprache wird in diesem Band die stoichastische Form verwendet, das heißt die männliche und weibliche Form im Wechsel.“ (Aulenbacher et al. 2017b, S. 9) Leider muss man das männlichen, wenn man zitieren will. Außerhalb der Zitate folge ich selbst der vom Wissenschaftsrat empfohlenen Formel: „Personenbezogene Aussagen gelten stets gleichermäßen für Frauen und Männer.“

<sup>3</sup> International interessante Entwicklungen werden von Monika Heupel und Michael Zürn (2017) berichtet und einleuchtend interpretiert.

später mehr –, sondern kategorisch zu deklarierten: „Öffentliche Soziologen lehnen eine Zusammenarbeit mit dem Markt und dem Staat ab.“ (Burawoy 2017, S. 101) Solch ein Vorschlag läuft auf einen systematischen Politikverzicht hinaus. Überdies berabtet er die „Public Sociology“ wichtiger Argumente für ihr Unterfangen, den zivilgesellschaftlichen Gruppierungen auf die Sprünge zu helfen.

### 3 Michael Burawoys „Neuvermessung der Soziologie“

Eine programatische Verharmlosung der Soziologie ergibt sich in dieser Hinsicht auch aus den Engführungen Burawoys, die von Aulenbacher und Dörre (2015, S. 16) als „Neuvermessung der Soziologie“ begrüßt und von den Anhängern der „Public Sociology“ durchweg übernommen werden. Das Fach wird bei Burawoy sowohl nach außen klein gemacht als auch mittels einer Vier-Felder-Matrix nach innen parzelliert. Das behindert sowohl die inter- als auch die intradisziplinären Orientierungen der Soziologie.

#### 3.1 Auslagerung von Politik und Wirtschaft

„Wenn die Soziologie“, so heißt es bei Burawoy (2015, S. 41; ähnlich 2017, S. 101 f.), „eine Perspektive vom Standpunkt der Zivilgesellschaft ist, die ein Interesse an deren Expansion und kollektiven Selbstorganisation hat, dann nimmt die Ökonomie den Standpunkt der Wirtschaft ein und hat ein Interesse an der Ausweitung des Marktes, während die Politikwissenschaft vom Standpunkt des Staates ausgeht und ein Interesse an der politischen Ordnung hat. Die Verhaltungen, die den verschiedenen Sozialwissenschaften zu Grunde liegen, erweisen sich dabei als potenziell widersprüchlich“. Abgesehen davon, dass diese Aussage eine analytisch ungenaue Konfundierung definitionscher und wertender Festlegungen ausdrückt, zerfällt sie in einen interdisziplinären Zusammenhang, auf den die Soziologie, will sie praktisch werden, unbedingt angewiesen ist. Es ist kein Zufall, dass es unter den Autoren des zweiten Sammelbandes ein Politiker, nämlich Benjamin Immanuel Hoff (2017, S. 358) ist, der für die „Public Sociology“ „die Bereitschaft zu einem multidisziplinären Arbeitsprogramm mit Akteuren aus Ökonomie und Politikwissenschaft“ einlegt und „die beharrliche Abgrenzung der öffentlichen Soziologie von der Ökonomie und Politikwissenschaft“ zu Recht als „sowohl analytisch problematisch als auch kontraproduktiv im Hinblick auf angestrebte politische Interventionen“ kritisiert. In die gleiche Richtung zielt Wolfgang Strecks Plädoyer gegen die „Entökonomisierung“ und „Entpolitisierung“ der Soziologie (2012, S. 135).

#### 3.2 Eine „Vier-Felder-Soziologie“

In den hier besprochenen Sammelbänden wird die Burawoy'sche Sortierung der soziologischen Binnenverhältnisse in eine professionelle, angewandte<sup>4</sup>, kritische und öffentliche Soziologie ständig zitiert: sie ist Kernbestandteil seines Programms. Bei der Charakterisierung der vier Soziologien schneiden die ersten drei nicht besonders gut ab – am wenigsten die angewandte „policy sociology“, die als auftragsbestimmtes „Beratungsgeschäft“ abgetan wird (Aulenbacher et al. 2017a, S. 17). Zwar wird wiederholt behauptet, dass eine blühende Disziplin alle vier Soziologien braucht<sup>5</sup> (Burawoy 2015, S. 31), doch wird dies offensichtlich so verstanden, dass die öffentliche Soziologie zwar „von den anderen Soziologien – der professionellen, der angewandten und der kritischen“ – irgendwie abhängt, aber“, so Burawoy in einer Fußnote, „sie übernimmt die Führung“ (2015, S. 113). Nach der deklarierten Auslagerung der Kompetenzen für Theorie, Beratung und Kritik in die drei anderen Untersektoren der Soziologie fragt man sich allerdings, womit und wohin die „öffentliche Soziologie“ das Fach führen will – und womit sie die Praxis befruchten will.

Ich will die Einzelheiten der Burawoy'schen „Vier-Felder-Typologie“ hier nicht behandeln. Stattdessen möchte ich nur darauf verweisen, dass der sidatikanische Kollege Karl von Holdt, der nach dem Vorbild von Edward Webster (2017) zur Unterstützung ausgebeuteter Minenarbeiter ein bewunderungswürdiges „kritisches Engagement“ bewiesen hat, im zweiten Sammelband starke Vorbehalte gegen Burawoys Klassifizierung und besonders gegen die Isolierung der „angewandten Soziologie“ vorgetragen hat (von Holdt 2017, S. 275, 279, 288), ohne dass dies die Herausgeber des Bandes in ihrer „Einführung“ zur Sprache bringen. Offenbar passt es nicht in ihr Konzept.

Zum Konzept gehört jedoch zusätzlich noch eine als wesentlich erachtete Unterscheidung im Quadranten der „öffentlichen Soziologie“. Burawoy unterscheidet eine „traditionelle öffentliche Soziologie“ – worunter er die „umfassende Beschäftigung mit den Öffentlichkeiten vermittelt der Medien“ versteht, zu denen er eigenartigerweise auch die neuen „social media“ zählt – von einer, wie er sie euphemistisch nennt, „organischen öffentlichen Soziologie“. Diese habe es mit „eher unmittelbaren Publika“ und kleinen, lokalen Öffentlichkeiten wie „Nachbarschaftsvereine[n], religiöse[n] Gruppen und soziale[n] Bewegungen“ zu tun, die „eher begrenzt, aktiver, dichter (intern enger verbunden)“ sind und oft genau jene „Gegenöffentlichkeiten“ darstellen, für die sich die „Public Sociology“ interessiert (Burawoy 2015, S. 38). Beide öffentlichen Soziologien werden von ihm zwar nicht als „gegenständig, sondern komplementär zueinander“ angesehen (ebd., S. 57), aber in den Forschungsprogrammen, die in den zwei Bänden dargestellt werden, wird nur die sogenannte „organische öffentliche Soziologie“ abgehandelt. Dies geschieht offenbar in der Annahme, dass aufgrund der Kommerzialisierung „die Öffentlichkeit der Leitmedien sukzessive ihre regulative Funktion“ verliert und weil sich mit dem Internet und den „social media“ „neue Jedermanns-Öffentlichkeiten“ entwickelt haben, die sich

<sup>4</sup> Burawoy selbst spricht von „policy sociology“. Zur Begründung der Übersetzung als „angewandte (politikberatende) Soziologie“ siehe Aulenbacher et al. 2017a, S. 16, Fn. 6.

„jeder demokratischen Kontrolle und damit verbundenen Wahrheitsprüfungen“ entziehen (Aulenbacher et al. 2017a, S. 23). Auch wenn man dieser Einschätzung nicht rundum widersprechen mag, kann man nicht meinen, dass eine politische Unterstützung der kleinen Öffentlichkeiten ohne die Nutzung der großen Öffentlichkeiten auskommen könnte. Also müssten auch die Chancen und Probleme einer allgemeinen Öffentlichkeitspolitik innerhalb des Forschungsprogramms der „Public Sociology“ eine zentrale Rolle spielen. Diese kommt aber nur in dem Beitrag von Wilhelm Heinmeyer (2017) vor. Dort aus gutem Grund, denn sein Bielefelder Langzeitprojekt zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ hat nicht zuletzt von seiner geschickten Bündnispolitik mit den Medien profitiert.

#### 4 Public Sociology als „Dialog“

Hans-Peter Müller, der im zweiten Sammelband mit einem kurzen kritischen Beitrag vertreten ist, merkt an: „Die *public sociology* à la Michael Burawoy, so sympathisch ihr Grundzug auch annimmt, nimmt den Mund ganz schön voll, so als ob die Soziologie [...] die Leitwissenschaft abgeben könnte, die der Gesellschaft zu sagen vermag, was sie zu denken, zu fühlen und zu meinen hat.“ (Müller 2017, S. 114) Dem letzten Teil seines Vorwurfs will ich nicht zustimmen, weil dem Burawoy'schen Soziologieprogramm die eindeutigen Botschaften und die dogmatischen Töne fehlen, um missionieren zu können. Dies hängt damit zusammen, dass Burawoy über seinen Rekurs auf Polanyi hinaus keine allgemeine Theorie gelangt. Die „Public Sociology“ stellt weniger eine Theorie als eine Absichtserklärung dar. Sie versteht sich als eine Suchbewegung, die ihrer eigenen Theorie auf die Spur kommen will. Die „Kernfähigkeit der öffentlichen Soziologie“ ist „der Dialog zwischen Soziologinnen und Soziologen und ihren Öffentlichkeiten“ (Burawoy 2015, S. 66), sie will „transformative Wissensbestände in der Gesellschaft aufspüren“ (Dörre 2017, S. 62), und sie „interessiert sich für die Kritikkompetenz der Laiensoziologinnen, die [...] zur Verbesserung der soziologischen Theorie beitragen“ kann (Singe und Sittel 2017, S. 191 f.).

Misstraut man dem Massengebrauch bloßer Interviewabfragen in der Soziologie, dann erscheint eine Art ethnologischer Wende innerhalb der „Public Sociology“ nicht als abwegig. Da aber das Dialogprogramm bei Burawoy die Funktion eines Theorieersatzes übernimmt, muss man fragen, was bei den unternommenen Dialogversuchen für die Wissenschaft herausspringt. Die Projekte, die mit dem Konzept einer „Public Sociology“ durchgeführt werden, stellen auch ein Feldexperiment zum Burawoy'schen Programm dar. Bewährt sich dieses im Umgang mit der Praxis zivilgesellschaftlicher Gruppen und deren Interessen? Wie vollzieht sich der annoncierte Dialog mit ihnen? Fördert er überhaupt das Interesse aneinander? Welche Konflikte kommen auf und lähmen die grenzüberschreitenden Kommunikationen, und dies vielleicht so sehr, dass sie auseinanderbrechen? Und falls das nicht der Fall ist: Welche „transformativen Wissensbestände in der Gesellschaft“ kommen dann zum Vorschein? Und worin besteht die angenommene Kritikkompetenz der Laiensoziologinnen und -soziologen zur Verbesserung der soziologischen Theorie nun genau? Darauf erwartet man empirisch gesicherte Antworten.

#### 4.1 Austauschprozesse mit der Praxis?

Versteht sich die „Public Sociology“ als Wissenschaft, muss sie die Bewährung der Annahmen, mit denen sie sich begründet, in ihren Projekten beobachten und berichten. Man erfährt von Burawoy in seinem Band aber nichts und von den Autoren des zweiten Sammelbandes nur sehr vereinzelt und eher am Rande etwas von der Praxis ihres eigenen Tuns. Es gibt ein Defizit an Informationen über die Erfahrungen, die öffentliche Soziologen und Soziologinnen mit einer „organischen öffentlichen Soziologie“ im Feld gemacht haben und machen. Man wünscht sich viel mehr Berichte der Art, wie sie etwa César Rodríguez-Garavito über „dilemmas and possibilities of public sociology in a multimedia world“ (2014) vorgelegt hat, oder ausgewogene Analysen wie etwa die von Kai Unzicker über „Bedingungen des Dialogs zwischen Sozialforschern und Praktikern“ (2012).

Meine eigenen Erfahrungen mit der Praxis sprechen durchaus für die Möglichkeit von Win-win-Konstellationen in der angewandten Soziologie. Zu Recht behauptet Christoph Görg in seinem interessanten Beitrag über „boundary negotiations“ in der Biodiversitätsforschung, dass die lokalen Akteure aus der Praxis mit ihren nicht-wissenschaftlichen Wissensformen eine Expertise besitzen, „die das wissenschaftliche Wissen gerade nicht hat“ (2017, S. 141). Er reflektiert allerdings nicht, womit diese Expertise für die Wissenschaft instruktiv wird. Nach meiner Erfahrung kann die Praxis regelmäßig instruktives Kontextwissen über relevante Rahmenbedingungen der Geltung wissenschaftlicher Theorien ins Spiel bringen und dabei auch – und das ist entscheidend für die Frage „Was tun?“ – Auskunft über die praktische Kontrollierbarkeit von Variablen geben.<sup>5</sup> Die Experten der Praxis wissen in der Regel besser als die Wissenschaftler, was tatsächlich geht und was nicht. Praxiserfahrungen verbessern die Spezifizierbarkeit allgemeiner Theorien durch Auflösung der Immunitätsformeln des „ceteris paribus“.

Umgekehrt stellt sich aber auch die Frage, worin sich für die Praxis ein Dialog mit der „öffentlichen Soziologie“ auszahlen kann. Auch bei vorsichtiger Einschätzung wissenschaftlicher Anstelligkeit darf man annehmen, dass sich Kooperationsvorteile für die Praxis oft schon aus dem einfachen Umstand ergeben, dass die Forscher von außen kommen und dadurch die Befangenheiten korrigieren können, die sich aus der Lokalität der Praxis und der Interessengebundenheit der Akteure ergeben (vgl. Mesney 2009, S. 675 ff.). Es gibt einen Erkenntnisvorteil der Distanz – der aber im laufenden Prozess auch wieder verschwinden kann. In speziellerer Hinsicht mag der Praxisbeitrag einer „Public Sociology“ vielleicht darin liegen, dass sie „die systematischen Ursachen für die konkreten multiplen Phänomene, an denen Gegenbewegungen sich entzünden“, offenlegen kann (Singe und Sittel 2017, S. 196), um dabei auch allgemeine „Einsichten in Herrschaftszusammenhänge zu befördern“ (Aulenbacher 2017, S. 94), die die eigene Sache in einen größeren Kontext stellen,

<sup>5</sup> In einem maßstabsetzenden Aufsatz über die „theoretical requirements of the applied social sciences“ betonte Alvin W. Gouldner, dass es der „applied social science“ im Unterschied zur „pure social science“ nicht in erster Linie um Erklärungswissen und die „predictive power“ theoretischer Erkenntnisse geht, sondern: „the applied social scientist inspects his independent variables to determine the extent to which they are accessible to control“. (1957, S. 96)

Vergleichbares benennen und Bündnismöglichkeiten aufweisen. In den oben zitierten Beispielen mag man dies durchaus für möglich halten, man erfährt aber nicht, was das unter welchen Bedingungen konkret heißen kann und was es letztlich bedeutet.

Man muss jedenfalls davon ausgehen, dass der Grenzverkehr zwischen Wissenschaft und Praxis alles andere als unproblematisch ist. Görg hat Recht: Es „sind die Anforderungen an eine gemeinsame Wissensproduktion keineswegs einfach zu bedienen. Wissensformen, die mit sehr unterschiedlichen Methoden und auf unterschiedlichen Skalen arbeiten, die unterschiedliche Quellen, Validierungs- und Tradierungsformen besitzen, sind nur mit gehöriger Anstrengung in einen Austausch zu bringen, der den Namen verdient“ (Görg 2017, S. 141 f.). Entsprechend hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich beide Seiten wechselseitig enttäuschen, dass das Interesse aneinander sinkt und dass die Kooperation vielleicht sogar platzt. In den Beiträgen beider Sammelbände wird hierzu kaum etwas gesagt. Dennis Eversberg, Steffen Liebig, Mathias Schmelzer und Nina Treu geben aber in ihrem Beitrag, der die gravierenden Schwierigkeiten im Grenzverkehr zwischen öffentlichen Soziologen und sozialen Protestbewegungen beschreibt, einen interessanten Fingerzeig für die Bewältigung allfälliger Frustrationen: Sie verweisen auf die „Gesellschaftskritik als Bindeglied zwischen Soziologie und Bewegungen“ (Eversberg et al. 2017, S. 183). Das Überleben des angestrebten Dialogs kann im Konfliktfall vielleicht nur ideologisch gesichert werden. Dies wirft allerdings neue Fragen auf: Wie lässt sich im parteiischen Schulterschluss zwischen Soziologen und Bewegungsakteuren die Integrität von Wissenschaft bewahren?

#### 4.2. Interessenkonflikte und die Autonomieprobleme der Wissenschaft

Im zweiten Sammelband berichtet Edward Webster im Hinblick auf sein „kritisches Engagement“ für die Rechte südafrikanischer Minenarbeiter eindrucksvoll von den „Verheißungen und Fallstricken einer öffentlichen Soziologie“. Diese wurde in seinem Fall vor allem im Bündnis mit der Nationalen Bergarbeitergewerkschaft betrieben. Während dieser Kooperation gab es eine Reine von Problemen. „Der größte aller Fallstricke war jedoch“, so Webster (2017, S. 270), „die Bedrohung der wissenschaftlichen Autonomie“.

Für die Wissenschaft ergeben sich bei einer Kooperation mit Gruppierungen der Zivilgesellschaft mehrere konfliktträchtige Entscheidungsfälle, bei denen die wissenschaftliche Autonomie in der Tat unter Druck geraten kann. Davon ist auch in einzelnen Beiträgen des Sammelbandes die Rede. Sie ergeben sich zum Beispiel im Hinblick auf die *Themenformulierung* und die damit verbundenen *Problemdimensionen*, wenn Fragestellungen, die den Akteuren unangenehm sind, von vornherein vermieden werden sollen (Eversberg et al. 2017, S. 182). Sie kommen bei der Kontrolle von *Recherchemethoden* auf, wenn sich die Forscher vor „geschonten Daten“ (Hagemann-White 2017, S. 240) schützen wollen. Sie manifestieren sich auch bei *Datenerinterpretationen* und gegenüber *Veröffentlichungsansprüchen* der Forscher, wenn „unbequeme“ Befunde (Eversberg et al. 2017, S. 185) im Interesse der Betroffenen zurückgehalten werden sollen. Bei „kritischem Engagements“ zugunsten von zivilgesellschaftlichen Akteuren ergibt sich für die Wissenschaftler das Dilemma diskrepanter Loyalitäten. „Die Quadratur des Kreises“, so Webster (2017,

S. 271), „wird hier immer ein schwieriges Unterfangen bleiben, denn sie beinhaltet eine delikate Kombination aus Verpflichtung gegenüber den Zielen dieser Bewegungen bei gleichzeitiger Standfestigkeit im Hinblick auf Beweise, Daten und das eigene Urteilsvermögen und Gewissen.“ Webster berichtet von heiklen Kompromissen, die ihm unumgänglich erschienen, aber er hätte im Ernstfall sicher auch die Aufkündigung des gemeinsamen Projekts in Kauf genommen, um sich als Wissenschaftler nicht zu kompromittieren. Zur Entscheidung stehen einerseits epistemische Wahrheitsprobleme, über die sich freilich oft streiten lässt, andererseits aber auch persönliche Wahrheitspflichten, bei denen nicht nur die Korrektheitsansprüche der Kollegen, sondern auch das Vertrauen der Gesellschaft in die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft auf dem Spiel steht. Im Hinblick darauf hat diese für sich einen „code of ethics“ zugunsten einer „culture of research integrity“ ausformuliert (z.B. ALLEA 2017). Bei deren Auslegung und Anwendung geht es nicht nur (wie zum Beispiel in den marktfähigen Bereichen von Pharmazie, Medizin, Genforschung, Ökonomie und Recht) um die Korruptierbarkeit durch eine „Vermarktlung des Wissens“, wie sie Burawoy problematisiert, sondern es geht auch (zum Beispiel bei einer Sozialwissenschaft, die sich zum Parteilager der Zivilgesellschaft macht) um die Korruptierbarkeit durch Loyalität. Für Genossen lässt man eher mal fünf gerade sein. Und das Problem kann sich auch ergeben, wenn man sich an das Bekenntnis hält: „Die Soziologie kann, diese Prämisse teilen alle Herausgeberinnen, künftig nur als Anwaltin einer Zivilgesellschaft bestehen, die das Soziale gegen die ‚Tyrannei des Marktes und des staatlichen Despotismus‘ (Burawoy 2015, S. 89) verteidigt“ (Aulenbacher et al. 2017a, S. 14) Man muss sich nur mal vergegenwärtigen, wozu Anwälte bei der Vertretung der Interessen ihrer Mandanten verpflichtet sind.

Es gibt bei den Autoren nun aber immer wieder überzeugende Erklärungen ihrer Selbstbindung an die unveräußerlichen Bedingungen einer integrierten Wissenschaft. Eine öffentliche Soziologie habe sich „zwingend an den Standards zu orientieren [...] wie sie seitens der professionellen Soziologie definiert werden. Empirische Forschung folgt dem Neutralitätsgebot, wird ergebnisoffen betrieben“ (ebd., S. 24). Sie dürfe „die konkreten Bewegungsziele nie umstandslos zu ihren eigenen machen, sondern muss sich stets die Fähigkeit zur reflexiven Distanznahme bewahren“ (Eversberg et al. 2017, S. 184; vgl. auch Hagemann-White 2017, S. 238). Burawoy warnt „seine“ öffentliche Soziologie sogar ausdrücklich vor der „Versuchung, ihrem Publikum nachzugeben und ihm zu schmeicheln und damit ihre professionellen Verpflichtungen und ihr kritisches Engagement zu kompromittieren“ (2015, S. 75).

Man darf nicht unterstellen, dass es sich bei solchen Bekundungen bloß um Lippenbekenntnisse handelt; an der Seriosität der Kollegen und Kolleginnen, die sich dem Burawoy'schen Programm anschließen, hege ich keinen Zweifel. Allerdings lassen sich in diesem Programm Uneindeutigkeiten und Widersprüche finden, welche die Integrität von Wissenschaft in der öffentlichen Soziologie nicht gerade

schützen,<sup>6</sup> Auf der Grundlage einer merkwürdigen Viererspaltung des Wahrheitsbegriffs meint Burawoy zum Beispiel, Wahrheit beruhe in der öffentlichen Soziologie – anders als bei der professionellen, angewandten und kritischen Soziologie –, auf dem Konsens zwischen Soziologinnen und Soziologen und ihren Publika“ (Burawoy 2015, S. 73 f.), so als seien empirische Erkenntnisansprüche eine bloße Verhandlungssache. Einerseits betont er: „Öffentliche Soziologie kann keine zweiklassige Soziologie sein.“ Andererseits sieht er deren Erfolg aber allein daran gebunden, dass „Soziologinnen und Soziologen die öffentliche Soziologie um ihrer selbst willen als wichtig anerkennen und sie dann als soziale Bewegung jenseits der Wissenschaft weiterführen“ (ebd., S. 92). Das lässt sich wie ein Aufruf zum Seitenwechsel lesen. Diesen tatsächlich zu vollziehen, gehört natürlich zur protestantischen Freiheit aller Soziologinnen und Soziologen; das muss jeder mit sich selber abmachen. Etwas anderes ist es aber, politische Praxis zum Programm der öffentlichen Soziologie zu machen.<sup>7</sup> Es bleiben hier die Aporien der Halbdistanz, die nur so oder so entschieden werden können. Man kann nicht immer beides haben: Erkenntnis und Bewegung.

## 5 Eine kurze Bilanz

Michael Burawoy liefert in seinem Band „Public Sociology“ zuerst einmal das Agenda-Setting für ein kapitalismuskritisches Projekt, das die Soziologie im Prinzip gut brauchen kann: Sie sollte sich in der Tat mehr um die gesellschaftlichen Verwertungen kümmern, die ein unregulierter Kapitalismus weltweit anrichtet. Bei Burawoy geht es um eine Analyse, die sich an Polanyis Kritik der Überkommodifizierung und Vermarktlichung von Arbeit, Boden und Geld anschließt. In der Folge häufen sich jedoch Leerstellen und Ungereimtheiten in seinem „Public Sociology“-Programm. Worum geht es eigentlich? Um die Abschaffung von Kapitalismus oder um seine soziale Kontrolle? Und was heißt das? Wo sind für das Eine wie das Andere die Bündnispartner unter den heterogenen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen, auf die Burawoy ausschließlich setzt? Wie will man ohne strategische oder auch nur taktische Koalitionen mit Staat und Wirtschaft weiterkommen? Nicht zuletzt: Will man sich selber am Widerstand auch dann beteiligen, wenn das auf Kosten wissenschaftlicher Erkenntnisansprüche geht? Geht es um wissenschaftliche Kapitalismuskritik oder um tätigen Antikapitalismus?

Die „Public Sociology“ kann hinsichtlich der Grundsatzfragen ihres Programms nicht völlig auf Theorie verzichten und alles den Erleuchtungen überlassen, die sie

<sup>6</sup> Annette Treibel kritisiert Burawoys Widersprüche in ihrer Rezension „Für Öffentliche Soziologinnen – mit und ohne Burawoy“ am Beispiel seiner Soziologen-Typologie, der ich oben eine Kontundierung von Definition und Zensur vorgeworfen habe, wie folgt: „Einerseits gesteht Burawoy zu, dass seine Typologien grob gezeichnet sind. Andererseits fasst er kein Missverständnis aufkommen, wo für ihn, die Guten sind. Dann verwirrt er die Grenzen wieder und will es am Ende dann doch nicht gewesen sein. Die Gräben, die er aufmacht, sucht er mit der Beschichtigung, dass ja jedes Lager das andere brauche und eine Arbeitsteilung in der Soziologie sinnvoll sei, wieder zuzuschütten. Dieses Schwanken zwischen klarer Feindklärung und Harmonisierung kann man wenigstens als inkonsistent, wenn nicht als Argernis betrachten.“ (Treibel 2017, S. 33)

<sup>7</sup> Eine gleichgerichtete Kritik findet sich schon früh bei Holmwood (2007).

sich von den Prozessen eines Dialogs mit der Praxis verspricht. Man erfährt leider sehr wenig von den Erfahrungen, die sie in diesem Dialog bereits gemacht hat. Welche Spannungen und Konflikte entstehen im laufenden Interaktionsprozess? Kommt es vor, dass die Kommunikation scheitert und auseinanderbricht? Wenn das nicht der Fall ist: Auf welche Weise finden Lernprozesse statt? Welches „transformativ Wissen“ wird dabei entdeckt? Und wie profitiert die Soziologie davon? Umgekehrt ist aber auch zu fragen: Wodurch macht sich die Soziologie selber gegenüber der Praxis nützlich? Besitzt sie genug Wissen – und das richtige Wissen?

Ich denke, dass die „Public Sociology“ mit der „Neuvermessung der Soziologie“, die Burawoy ausgerufen hat, nicht das leisten kann, was sie will. Die Engführungen seines Soziologieprogramms gegenüber den anderen Sozialwissenschaften führen zu einer „Enthopolitierung“ und „Entökonomisierung“ der Soziologie, und dies muss auch die Dialogfähigkeit der Soziologie mit der Praxis bei der Frage einschränken, was im Hinblick auf deren Probleme denn zu tun sei. Sein Soziologieprogramm führt zu einer Blickverengung auch dadurch, dass es der öffentlichen Soziologie eine Führungsrolle zuweist, in der große Teile der Öffentlichkeit ausgeblendet werden, nämlich die Massenmedien und die „social media“. Eine Zivilgesellschaft, deren politische Entwicklung von den Strategien ihrer Bündnispolitik mitbestimmt wird, wird von der „Public Sociology“ in dieser Hinsicht nicht viel erwarten können.

## Literatur

- Adloff, F. (2017). Die Public Sociology des Konvivialismus: Strategien und Probleme. In B. Aulenbacher et al. (Hrsg.), *Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft* (S. 335–344). Frankfurt a. M.: Campus.
- ALLEA – All European Academies (2017). The European code of conduct for research integrity. Revised edition. Berlin: ALLEA. <http://www.allea.org/wp-content/uploads/2017/03/ALLEA-European-Code-of-Conduct-for-Research-Integrity-2017-1.pdf>. Zugriffen: Juli 2017.
- Aulenbacher, B. (2017). Caring for a Better World? Über Care, Kapitalismus und die Soziologie. In B. Aulenbacher et al. (Hrsg.), *Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft* (S. 84–98). Frankfurt a. M.: Campus.
- Aulenbacher, B., & Dörre, K. (2015). Michael Burawoys Soziologie – eine kapitalismus- und wissenschaftskritische Herausforderung. In M. Burawoy, *Public Sociology. Öffentliche Soziologie gegen Marktfundamentalismus und globale Ungleichheit* (S. 9–22). Weinheim: Beltz Juventa.
- Aulenbacher, B., Burawoy, M., Dörre, K., & Sittel, J. (2017a). Zur Einführung: Soziologie und Öffentlichkeit im Krisendiskurs. In B. Aulenbacher et al. (Hrsg.), *Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft* (S. 11–30). Frankfurt a. M.: Campus.
- Aulenbacher, B., Burawoy, M., Dörre, K., & Sittel, J. (Hrsg.). (2017b). *Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Boltanski (2010). *Soziologie und Sozialkritik. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2008*. Berlin: Suhrkamp.
- Burawoy, M. (2015). *Public Sociology. Öffentliche Soziologie gegen Marktfundamentalismus und globale Ungleichheit*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Burawoy, M. (2017). Die Zukunft der Soziologie. In B. Aulenbacher et al. (Hrsg.), *Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft* (S. 99–112). Frankfurt a. M.: Campus.
- Dörre, K. (2017). Nach dem schnellen Wachstum: Große Transformation und öffentliche Soziologie. In B. Aulenbacher et al. (Hrsg.), *Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft* (S. 33–67). Frankfurt a. M.: Campus.
- Eversberg, D., Liebig, St., Schmelzer, M., & Tren, N. (2017). Public Sociology in der Bewegungsforschung: Zum Verhältnis von Soziologie, Gesellschaftskritik und sozialen Bewegungen. In B. Aulenbacher et al. (Hrsg.), *Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft* (S. 176–188). Frankfurt a. M.: Campus.

- Gerhards, J., & Rucht, D. (1992). Organizing and framing in two protest campaigns in West Germany. *American Journal of Sociology*, 98, 555–596.
- Görg, Chr. (2017). Boundary Negotiations: Grenzüberschreitungen in den Nachhaltigkeitswissenschaften. In B. Aulenbacher et al. (Hrsg.), *Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft* (S. 133–145). Frankfurt a. M.: Campus.
- Gouldner, A. W. (1957). Theoretical requirements of the applied social sciences. *American Sociological Review*, 22, 92–102.
- Gouldner, A. W. (1968). The sociologist as partisan: Sociology and the welfare-state. *The American Sociologist*, 3, 103–116.
- Hegeman-White, C. (2017). Gewalt im Geschlechterverhältnis als Thema von Public Sociology. In B. Aulenbacher et al. (Hrsg.), *Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft* (S. 231–242). Frankfurt a. M.: Campus.
- Hauber, T. (2017). Care-Revolution als Herausforderung für eine öffentliche Soziologie. In B. Aulenbacher et al. (Hrsg.), *Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft* (S. 201–212). Frankfurt a. M.: Campus.
- Heimeyer, W. (2017). Öffentliche Soziologie zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In B. Aulenbacher et al. (Hrsg.), *Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft* (S. 213–230). Frankfurt a. M.: Campus.
- Heupel, M., & Zürn, M. (2017). The rise of human rights protection in international organizations – results and theoretical implications. In M. Heupel & M. Zürn (Hrsg.), *Protecting the individual from international authority. Human rights in international organizations* (S. 297–331). Cambridge: Cambridge University Press.
- Hoff, B.-I. (2017). Public Sociology: Eine Chance für politische Interventionen? In B. Aulenbacher et al. (Hrsg.), *Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft* (S. 357–369). Frankfurt a. M.: Campus.
- von Holdt, K. (2017). Kritisches Engagement auf Feldern der Macht: Zyklen des soziologischen Aktivismus im Post-Apartheid-Südafrika. In B. Aulenbacher et al. (Hrsg.), *Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft* (S. 274–292). Frankfurt/New York: Campus.
- Holmwood, J. (2007). Sociology as public discourse and professional practice: A critique of Michael Burawoy. *Sociological Theory*, 25, 46–66.
- Kolleg Postwachstumsgesellschaften (2015). Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung: Dynamik und (De-)Stabilisierung moderner Wachstumsgesellschaften. Antrag auf Weiterförderung der Kollegforscher\_innengruppe. Friedrich-Schiller-Universität Jena. [http://www.kolleg-postwachstum.de/sowgmediadokumente/Forschungsantrag/Antrag2015\\_dt.pdf](http://www.kolleg-postwachstum.de/sowgmediadokumente/Forschungsantrag/Antrag2015_dt.pdf). Zugegriffen: Juli 2017.
- Lessemich, S., & Neckel, S. (2012). DGS goes public! *Soziologie*, 41, 317–319.
- Messey, A. (2009). What do „we“ know that „they“ don't? Sociologist's versus nonsociologist's knowledge. *Canadian Journal of Sociology*, 34, 671–659.
- Müller, H.-P. (2017). Die Grenzen der Soziologie. In B. Aulenbacher et al. (Hrsg.), *Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft* (S. 113–118). Frankfurt a. M.: Campus.
- Polanyi, K. (1978). *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Rodríguez-Garavito, C. (2014). Ambitious sociology: Dilemmas and possibilities of public sociology in a multimedial world. *Current Sociology Monograph*, 62, 156–167.
- Rucht, D., & Neidhardt, F. (1997). Soziale Bewegungen und kollektive Aktionen. In H. Joss (Hrsg.), *Lehrbuch der Soziologie* (S. 627–652). Frankfurt a. M.: Campus.
- Singer, I., & Sittel, J. (2017). Prekarität im Dialog: Arbeitssoziologie als organische öffentliche Soziologie. In B. Aulenbacher et al. (Hrsg.), *Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft* (S. 189–200). Frankfurt a. M.: Campus.
- Snow, D. A., & Benford, R. D. (1988). Ideology, frame resonance, and participant mobilization. In B. Klandermans, H. Kriesi & S. Tarrow (Hrsg.), *From structure to action: Comparing social movement research across cultures* (S. 197–218). Greenwich: JAI Press.
- Streeck, W. (2012). Der öffentliche Auftrag der Soziologie. *Leviathan*, 40, 129–147.
- Tarrow, S. (1988). National politics and collective action: Recent theory and research in Western Europe and the United States. *American Review of Sociology*, 14, 421–440.
- Treibel, A. (2017). Für Öffentliche Soziologen – mit und ohne Burawoy. *Soziologische Revue*, 40, 27–43.
- Unzicker, K. (2012). Lohnender Grenzverkehr: Bedingungen des Dialogs zwischen Sozialforschern und Praktikern. In K. Unzicker & G. Hessler (Hrsg.), *Öffentliche Sozialforschung und Verantwortung für die Praxis* (S. 133–156). Wiesbaden: Springer VS.

- Urban, H.-J. (2015). Soziologie, Öffentlichkeit und Gewerkschaften. Versuch eines vorausschauenden Nachworts zu Michael Burawoys Public Sociology. In M. Burawoy, *Public Sociology. Öffentliche Soziologie gegen Marktfundamentalismus und globale Ungleichheit* (S. 221–242). Weinheim: Beltz Juventa.
- Urban, H.-J. (2017). Digitale Arbeit, Gewerkschaften und öffentliche Soziologie. Überlegungen zu einem inklusiven Forschungsdesign. In B. Aulenbacher et al. (Hrsg.), *Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft* (S. 68–83). Frankfurt a. M.: Campus.
- Weber, E. (2017). Partei ergreifen: Verteidigungen und Fallstricke einer öffentlichen Soziologie im Apartheid-Südafrika. In B. Aulenbacher et al. (Hrsg.), *Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft* (S. 260–273). Frankfurt a. M.: Campus.
- Friedhelm Neidhardt geb. 1934, Prof. em. Dr. Dr. h.c., Professuren in Hamburg, Tübingen, Köln, Berlin, bis 2000 Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), Forschungsschwerpunkte: Allgemeine Soziologie, Wissenschafts- und Öffentlichkeitsforschung, Neuere Veröffentlichungen: Bedingungen und Formen „gütlichen Einvernehmens“. Zur Theorie halbbarer Kompromisse, in: Berliner Journal für Soziologie, 2013; Sätze, Wörter, Zeichen – Soziologentexte im Vergleich, in: Leviathan, 2015; Selbststeuerung der Wissenschaft durch Peer-Review-Verfahren, in: D. Simon et al. (Hrsg.), Handbuch Wissenschaftspolitik, 2. Aufl., 2016.